
Sozialindexgestützte Förderung frühkindlicher Bildung und Entwicklung

Gemeinsames Diskussionspapier des Vereins für Sozialplanung e.V. (VSOP), des Instituts für soziale Arbeit e.V. (ISA) und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. (Der Paritätische)

Autor:innen: Katharina Knüttel, Nora Jehles, Niels Espenhorst, Tobias Schasse, Volker Kersting, Klaus Cartus, Carolin Trappmann

Der Verein für Sozialplanung e. V., das Institut für soziale Arbeit e. V. und Der Paritätische Gesamtverband haben im Jahr 2025 im Rahmen der Fachgruppe Jugendhilfeplanung des Vereins für Sozialplanung e. V. zwei digitale Workshops zum Thema „Kita-Sozialindizes zwischen Statistik, Praxis und politischem Willen“ veranstaltet. Die insgesamt über 100 Teilnehmenden kamen bundesweit aus Kommunen, Wissenschaft, freien Trägern und weiteren Institutionen zusammen und diskutierten Konzepte und praktische Probleme bei der sozialindexgesteuerten Ressourcenverteilung an Kindertageseinrichtungen (Kitas). Die Ergebnisse beider Workshops und die darauf aufbauende Diskussionen bilden eine zentrale Grundlage für diesen Text. Wir danken allen Beitragenden und Teilnehmenden herzlich für ihre Expertise, ihr Engagement und die konstruktiven Diskussionen.

Eine erfolgreiche Bildungsteilhabe ist in Deutschland maßgeblich durch strukturelle soziale Ungleichheiten geprägt. Diese Erkenntnis ist spätestens seit dem ersten „Pisa-Schock“ zur Jahrtausendwende zu einem Allgemeinplatz geworden – geändert hat sich daran nach aktuellem Stand der Forschung allerdings wenig (z. B. kürzlich Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2025; Baarck et al. 2025; Maaz und Lörz 2024; Sachse et al. 2025). Die Bundesregierung will deshalb noch in dieser Legislaturperiode ein „Qualitätsentwicklungsgesetz (QEG)“ verabschieden, das u. a. eine Förderung von „Startchancen-Kitas“ vorsieht. Da Bildungsungleichheiten früh entstehen (z. B. Skopek und Passaretta 2020), liegt hier ein wichtiger Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und gute Bildung für alle. Kitas, die von besonders vielen Kindern aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien besucht werden, benötigen mehr Ressourcen, um auf die vielfältigen Bedarfe der Kinder angemessen eingehen zu können. Gleichzeitig sind gerade diese Einrichtungen in hohem Ausmaß von Personalengpässen und weiteren strukturellen Herausforderungen betroffen (Colbasevici und Espenhorst 2024; Espenhorst

2025). Um Kitas, die vor besonderen Herausforderungen stehen, gezielt besser auszustatten, ist eine entsprechende Datengrundlage notwendig. Das vorliegende Papier stellt den Stand unserer im Rahmen der Veranstaltungen und darüber hinaus geführten Diskussionen zusammen. Es beinhaltet (1.) grundsätzliche Feststellungen, (2.) konzeptionelle Spannungsfelder und (3.) Zusammenfassung und Ausblick.

Grundsätzliche Feststellungen

Ein Kita-Sozialindex löst das Problem ungleicher Zugänge nicht!

Die Inanspruchnahme von Kitas ist sozial selektiv. Gerade Kinder aus armutsbetroffenen, bildungsbenachteiligten, alleinerziehenden Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund besuchen eine Kita deutlich seltener – trotz Betreuungswunsch (Neuberger et al. 2026; Huebener et al. 2023). Dabei fördert frühkindliche Bildung in der Kita Sprachentwicklung, soziale Kompetenzen und kognitive Fähigkeiten – Bereiche, in denen Kinder aus benachteiligten Lebenslagen oft Förderbedarfe haben (Helbig et al. 2026; Kluczniok et al. 2024). Zugleich ist die Betreuung in einer Kita eine zentrale Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Eltern – insbesondere von Alleinerziehenden. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung stellt daher für viele Familien eine notwendige Voraussetzung dar, um Erwerbstätigkeit aufnehmen oder aufrechterhalten zu können und damit Armut zu vermeiden. Zudem bietet die Kita einen Zugang zu Unterstützungsangeboten für Familien, wie Beratung oder Gesundheitsförderung, die für benachteiligte Haushalte häufig weniger zugänglich sind. Langfristig kann eine fehlende Kita-Erfahrung die Bildungschancen erheblich einschränken und soziale Ungleichheiten weiter verstärken (Kleinert et al. 2024). Deshalb sollte im Zuge eines Startchancenprogramms folgendes mitdiskutiert werden:

1. Die Sicherstellung eines bedarfsdeckenden Kitaangebots (zur Lücke siehe z. B. BMBFSFJ 2026). Trotz regional teilweise rückläufiger Nachfrage besteht weiterhin ein erheblicher Platzmangel. Dieser ist jedoch räumlich ungleich verteilt und kann innerhalb einzelner Kommunen gleichzeitig mit lokalen Überkapazitäten auftreten (Diermeier et al. 2025).

Das stellt die Jugendhilfeplanung vor die Herausforderung, den weiteren Ausbau unter Beachtung der demographischen Entwicklung und der kleinräumigen Betreuungswünsche zu gestalten. Denn die Aussagekraft der Inanspruchnahmequote auf gesamtstädtischer Ebene ist begrenzt, wenn es darum geht, ob die Bedarfe aller Familien in der Stadt erfüllt sind.

2. Bislang halten zahlreiche Hürden insbesondere sozio-ökonomisch benachteiligte Familien davon ab, Kindertagesbetreuung in Anspruch zu nehmen. Wenn es das erklärte Ziel von Startchancen-Kitas sein soll, die Startchancen von sozio-ökonomisch benachteiligten Kindern zu verbessern, dann ist eine wichtige Voraussetzung, dass diese Hürden beseitigt werden. Mögliche Maßnahmen dafür sind eine Kitaplatz-Vergabe mit einem Opt-out-Modell¹, niedrigschwellige und leicht verständliche Informationen über die Vorteile der Kindertagesbetreuung und Möglichkeiten der Kostenreduktion oder -befreiung sowie eine bessere Zusammenarbeit mit den Netzwerken der Frühen Hilfen und Familienzentren.
3. Eine zentrale Hürde für die Nutzung von Angeboten der Kindertagesbetreuung sind die Kitaplatz-Vergabe-Verfahren. Gegenwärtig entscheiden in Deutschland häufig die einzelnen Einrichtungen über die Vergabe von Betreuungsplätzen (Bader und Scholz 2024). Dabei spielen neben pädagogischen Kriterien mitunter auch organisationsbezogene Erwägungen eine Rolle, etwa die Stabilität des Einrichtungsalltags oder der erwartete Unterstützungsbedarf von Kindern (Dohmen 2021; Hogrebe 2021; Bostanci et al. 2022; Jehles 2025). Im Rahmen eines Kita-Startchancenprogramms sollte daher auch niedrigschwellige, diskriminierungsfreie und unbürokratische Vergabeverfahren durch öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt werden. Hier spielen neben zusätzlichen Ressourcen auch die professionellen Haltungen und Kompetenzen der Fachkräfte eine Rolle sowie unterstützen-

¹Bei Opt-Out-Modellen werden Kinder bzw. Familien grundsätzlich automatisch in ein Vergabeverfahren einbezogen, ohne dass eine aktive Anmeldung erforderlich ist. Eltern haben jedoch die Möglichkeit, dieser Teilnahme aktiv zu widersprechen („opt out“).

- de Strukturen wie armuts- und diversitätssensible Fortbildungen und eine entsprechend ausgestattete Fachberatung.
4. Die frühe Förderung von Kindern unabhängig davon, ob sie eine Kita besuchen oder nicht. Hierzu liegen bereits zahlreiche Erfahrungswerte vor: Einen besonderen Stellenwert haben hier die [Frühen Hilfen](#) sowie die verschiedenen Ausgestaltungen von [Familienzentren](#) und der Kita-Sozialarbeit. Für die Bereiche Sozialraumorientierung und Armutsfolgenprävention ist auch der [Qualitätsverbund Präventionsketten](#) zu nennen. Aber auch z. B. die für Kinder mit Fluchthintergrund in Nordrhein-Westfalen geschaffenen [Brückenprojekte](#) sind ein Beispiel dafür, wie diese Leerstellen bereits erkannt und bearbeitet werden.
 5. Für die Jüngsten gibt es neben Kitas auch das Angebot öffentlich geförderter Kindertagespflege, das je nach Bundesland und Kommune sehr unterschiedlich ausgebaut ist (vgl. die aktuellen Daten im [„Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme“](#) – in Nordrhein-Westfalen gibt es zum Beispiel zum 01.03.2024 vier Gemeinden, in denen mehr unter 3-Jährige in Kindertagespflege als in Kitas betreut sind). Da Kindertagespflege eine wichtige Alternative zu Kitas darstellt, sollte diskutiert werden, ob und wie auch die Kindertagespflege im Rahmen entsprechender Maßnahmen zur Verbesserung von Startchancen systematisch berücksichtigt und gestärkt werden kann.

Es braucht einrichtungsgenaue Indikatoren

Kitas verfügen nicht über ein festgelegtes Einzugsgebiet, und gerade in größeren Städten fallen Sozialstruktur der Kita und Sozialstruktur des räumlichen Umfelds oft auseinander (für die Städte Mülheim an der Ruhr und Hamm Groos et al. 2018; für Münster Hogrebe und Böttcher 2016). Ein Sozialindex zur Identifizierung von Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern in benachteiligten Lebenslagen sollte daher einrichtungsgenau gebildet werden, weil Ressourcen dadurch präziser und gerechter verteilt werden. Anders als im Bereich der schulischen Bildung liegen über die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik *bundesweit* einrichtungsgenaue Daten vor, die als Grundlage

für einen Sozialindex verwendet werden können. Wenn der Index nur auf der Basis von Daten berechnet wird, die sich auf die Sozialstruktur des räumlichen Umfeldes der Kitas beziehen, erhalten alle dort befindlichen Einrichtungen die gleiche Einstufung – unabhängig davon, ob sie tatsächlich viele oder wenige Kinder aus benachteiligten Lebenslagen betreuen. Das führt zu Ungenauigkeit und ineffizienter Mittelverwendung.

Armut als zentraler Indikator

Ein einrichtungsgenauer Sozialindex wirft jedoch unmittelbar eine zweite zentrale Frage auf: Welche Dimensionen von Benachteiligung sollen berücksichtigt werden? Der Rat der Europäischen Union hat im Rahmen der Initiative „Europäische Garantie für Kinder“ ausgeführt, welche Benachteiligungsformen besonders relevant für Kinder sind. In Deutschland wird die Initiative durch den Nationalen Aktionsplan (NAP) „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ umgesetzt (BMFSFJ 2023). Der Paritätische Gesamtverband hat gezeigt, wie anhand der dort aufgeführten Kriterien ein Kita-Sozialindex gebildet werden könnte (Espenhorst 2024). Allerdings liegen nicht alle Daten gebündelt vor, so dass die vollständige Berücksichtigung aller Benachteiligungsaspekte eine sehr umfangreiche Vorarbeit benötigen würde. Die Frage ist daher, welche geeigneten Daten für einen einrichtungsgenauen Sozialindex verwendet werden sollten. Unstrittig ist, dass Armut, bzw. Armutsgefährdung eine besonders große Einschränkung von Bildungs- und Teilhabechancen bedeutet (Groos und Jehles 2015; Lampert und Kuntz 2019). Daher sollte Armut bzw. Armutsgefährdung notwendigerweise bei der Konstruktion eines Sozialindex berücksichtigt werden. Zwar spielt das Haushaltseinkommen für die Kindertagesbetreuung für die Staffelung bzw. Befreiung von Elternbeiträgen (§ 90 Abs. 3, 4 SGB VIII) und für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket schon jetzt eine erhebliche Rolle, aber es fehlt eine zentrale Erfassung in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik. Bisher gibt es keinen flächendeckenden einrichtungsgenauen Armutsindikator für Kitas. Die SGB-VIII-Statistik erfasst bislang auf Einrichtungsebene folgende Angaben, die ggf. für einen Index genutzt werden können: (1.) Angaben zur ausländischen Herkunft mindestens eines Elternteils, (2.) zu Deutsch als in der Familie vorrangig gesprochenen Sprache sowie (3.) dazu, ob das

Kind Eingliederungshilfe nach SGB VIII oder SGB IX erhält. Um aber das besonders relevante Merkmal der Armutgefährdung zu erfassen, ist es notwendig, ein weiteres Merkmal zur ökonomischen Lage zu erheben. Dazu müsste § 99 Abs. 7 SGB VIII entsprechend geändert werden. Damit könnten verlässlich bundesweit einrichtungsgenau zentrale Aspekte für einen Sozialindex gebündelt werden. Praktikable Alternativen werden unter [Welche Datenquellen braucht es?](#) beschrieben.

Eckpunkte zur Berechnung: Transparent und möglichst einfach

„Benachteiligung“ ist ein komplexes Konstrukt, und selbst für „Armut“ als nur einer der vielen Benachteiligungsdimensionen gibt es viele verschiedene Messkonzepte – das Indikatorenset des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung umfasst derzeit 11 Indikatoren (BMAS 2025). Ein Kita-Sozialindex muss die relevanten Benachteiligungsrisiken verlässlich abbilden können, aber es muss nicht das Ziel sein, alle denkbaren Aspekte zu berücksichtigen. Und es sollten auf bereits vorhandene Daten oder bestehende Wege der Datenerfassung zurückgegriffen werden. Das bedeutet aber auch: Er wird zahlreiche Leerstellen haben. Deswegen ist es wichtig, frühzeitig Transparenz herzustellen. Nur wenn die Auswahl der Datengrundlage und die Art der Berechnung nachvollziehbar ist, wird der Index und die daraus abgeleiteten Maßnahmen auch Akzeptanz erfahren und Wirkung entfalten. Ein Index kann allerdings noch so gut, einfach und transparent konstruiert sein: Um die Verteilung von Geldern zu rechtfertigen, braucht es einen diskursiven Prozess, der in Kitas, Politik und Öffentlichkeit um Akzeptanz und Legitimität wirbt. Die Konstruktion eines Sozialindex ist eine politische Entscheidung, die unter Abwägung aller relevanten Aspekte getroffen werden muss.

Handlungsspielräume für Kommunen

Eine Berechnung auf Bundes- oder Landesebene sorgt für Vergleichbarkeit, Einheitlichkeit und Transparenz und reduziert den administrativen Aufwand. Die Kitas werden nach denselben Kriterien bewertet und die Mittelverteilung wird nicht von lokalen politischen oder finanziellen Interessen beeinflusst. Andererseits erfolgt die Planung der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsan-

gebote durch die Kommune, der mancherorts bessere und mehr Daten vorliegen, sodass in manchen Kommunen eine zielgenauere Identifizierung von lokalen Bedarfen möglich ist und ermöglicht werden sollte. Voraussetzung dafür ist aber politischer Wille, qualifiziertes Personal, ämterübergreifende Zusammenarbeit und eine gute organisatorische Struktur. Landkreise und kreisangehörige Städte und Gemeinden stehen hier teilweise durch verschiedene Zuständigkeiten auf verschiedenen Ebenen vor zusätzlichen Hürden. Kommunen tragen als öffentlicher Träger die Verantwortung dafür, dass ein gutes Kitaangebot vor Ort realisiert wird. Die Autor:innen sind sich einig darüber, dass es eine bundes- oder landesweite Indexlösung geben muss – alleine schon deswegen, weil nicht alle Kommunen die Ressourcen und Voraussetzungen dafür haben, einen eigenen Sozialindex zu entwickeln. In Bezug auf die Transparenz ist es erforderlich, dass die Datengrundlagen für einen Bundes- oder Landesindex auch den Kommunen zur Verfügung stehen. Derzeit stehen die Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik vielen Kommunen nicht einrichtungsgenau zur Verfügung, was den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe die entsprechenden Planungen im Kitabereich erschwert. Sie tragen aber die Gesamtverantwortung, haben einen Qualitätsentwicklungsauftrag und müssen im Rahmen der Jugendhilfeplanung auch das gesamte (sozialräumliche) Portfolio der Angebote im Blick haben.

Flexibilität für Kitas beim Einsatz der Mittel

Kitas benötigen Flexibilität bei der Verwendung der Mittel aus dem Sozialindex, weil die Möglichkeiten und Bedarfe vor Ort sehr unterschiedlich sind und sich dynamisch verändern können. Kitas mit einem hohen Anteil benachteiligter Kinder stehen vor vielfältigen Herausforderungen: Während die eine Kita zusätzliche Fachkräfte für Sprachförderung benötigt, braucht eine andere Mittel für Elternarbeit, Kooperationen im Sozialraum oder die Ausstattung für Kinder mit besonderen Förderbedarfen. Zusätzliche Ressourcen sind hierfür eine wichtige Voraussetzung. Gleichzeitig führt eine erhöhte Ressourcenausstattung nicht automatisch zu einer besseren pädagogischen Praxis. Entscheidend ist vielmehr, inwiefern zusätzliche Mittel dazu beitragen, die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen weiterzuentwickeln und anzu-

passen. In diesem Sinne kommt es nicht nur auf den „Input“ zusätzlicher Ressourcen an, sondern auch auf strukturelle Weiterentwicklung pädagogischer Praxis und der Vernetzung mit anderen Akteuren. Dafür benötigen Kitas häufig auch fachliche Unterstützung, etwa durch Beratung, Qualifizierung oder begleitende Entwicklungsprozesse. Zu starre Vorgaben zur Mittelverwendung könnten verhindern, dass die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen für den Abbau von Benachteiligungen bringen. Darüber hinaus trägt Flexibilität zum Bürokratieabbau bei. Wenn Kitas nicht für jede Anpassung langwierige Genehmigungsprozesse durchlaufen müssen, können sie schneller und bedarfsgerecht reagieren. Dies ist besonders wichtig, da sich die Zusammensetzung der Kindergruppen und die sozialen Problemlagen ändern können.

Konzeptionelle Spannungsfelder

Aufbauend auf bislang vorgestellten gemeinsamen Grundannahmen zu zentralen Bausteinen eines Kita-Sozialindex zeigen sich an einzelnen Stellen unterschiedliche Perspektiven. Im folgenden Abschnitt greifen wir diese Aspekte auf, um die Vielschichtigkeit des Themas sichtbar zu machen. Unser Ziel ist es, durch diese Betrachtungen eine fundierte und notwendige Diskussion zur Ausgestaltung eines Kita-Sozialindex anzuregen.

Welche Datenquellen braucht es?

Weiter oben wurde bereits darauf verwiesen, dass in der SGB VIII-Statistik ein Armutsindikator vonnöten ist. Allerdings gibt es mindestens drei weitere Datenquellen, deren systematische Nutzung stattdessen oder zusätzlich in Frage kommt:

1. Daten der Schuleingangsuntersuchung: Über die Schuleingangsuntersuchung kann erhoben werden, in welcher Kita ein Kind betreut wird. Außerdem können zusätzliche Angaben der Familien durch einen Elternfragebogen erhoben werden, sodass dadurch weitere Informationen auf der Ebene der Einrichtungen generiert werden können (Hinzen 2022; Groos und Kersting 2019; Jehles 2026). Diese können (1.) für kommunale Indizes ausgewertet werden und (2.) könnten die gesetzlichen und politischen Grundlagen geschaffen werden, um die Verwendung von wenigstens

einem Teil der Indikatoren für einen landesweiten Kita-Sozialindex zu erlauben.

2. Daten der Bundesagentur für Arbeit: Bisher lassen sich die Daten für Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II nur raumbezogen auswerten, da keine Informationen zu Schul- und Kitabesuch der Kinder erhoben werden. Dies zu ändern, würde sowohl einen kitagenauen Armutsindikator als auch klare und kleinräumig verfügbare Daten zum Ausmaß der Nichtnutzung von Kita der betroffenen Kinder liefern.
3. Adressdaten der Kitakinder nutzen, um sie mit weiteren Daten zu verknüpfen: Auf Anfrage stellt die Bundesagentur für Arbeit jeder Kommune „Arbeitsmarktdaten in kleinräumiger Gliederung (AkG)“ zur Verfügung. Dazu zählen Daten der Grundsicherung (SGB II) einschließlich der unter 15-jährigen Minderjährigen in Bedarfsgemeinschaften.² Durch die Verknüpfung der Wohnortadressen der Kitakinder mit der raumbezogenen SGB-II-Quote ihrer Herkunftsquartiere lässt sich ein einrichtungsbezogener Armutsindikator ermitteln: Für jedes Kitakind wird über die SGB-II-Quote am Wohnort ein „Stellvertreterwert“ (Proxy) für die familiäre Armut ermittelt, und diese Werte werden anschließend für die jeweilige Kita zusammengefasst. So entsteht ein aussagekräftiger, einrichtungsgenauer Armutsindikator. Durch den Abgleich der Adressdaten einzelner Kinder, die eine Kita besuchen, mit den Zahlen der Kinder, die in den entsprechenden Adressräumen in Armut aufwachsen, könnte zudem eine Nahrungsquote für die Versorgung armutsbetroffener Kinder mit Kita-Plätzen gebildet werden. Dabei handelt es sich um ein bislang unterbelichtetes, aber hoch relevantes Versorgungs- und Teilhabeproblem. Das Verfahren der Verschneidung von Adressdaten der Kinder in Einrichtungen mit den raumbezogenen Armutsdaten wurde bereits im Rahmen des NRW-Projekts „Kein Kind zurücklassen!“ erfolgreich evaluiert (Groos 2016). Zu wünschen wäre, dass die Bundesagentur für Arbeit den Kommunen – anders als bisher – ohne bürokratischen Aufwand derartige kleinräumige Daten zur Verfügung stellt.

²Grundsätzlich ließe sich auch die Altersklasse der Kitakinder kleinräumig auswerten.

Einsatz von Indikatoren, die sich auf die räumliche Umgebung der Kita beziehen

Auch wenn grundsätzlich einrichtungsgenaue Indikatoren vorzuziehen sind, um die pädagogische Arbeit in den Kitas zu schärfen, ist fraglich, ob und wie Indikatoren, die sich auf die Sozialstruktur der räumlichen Umgebung der Kita beziehen, berücksichtigt werden. Diese bergen das Risiko, Ressourcen an den tatsächlichen Bedarfen innerhalb der Einrichtung vorbeizusteuern und damit Fehlallokationen zu produzieren. Wenn es aber darum geht, dass die Kita eine Anlaufstelle für Familien in der Umgebung sein soll, *unabhängig* davon, ob die Kinder dieser Familien die Kita besuchen oder nicht, dann sind solche Indikatoren unter Umständen sinnvoll. So kann eine Kita auch offene Bastel-, Beratungs- und Spielangebote oder andere pädagogische Formate anbieten, die sich nicht nur an die eigene Klientel richten – eine Idee, die auch in einigen Familienzentren bereits umgesetzt wird.

Was soll und kann sozialindexgestützte Steuerung bewirken?

Eingangs hatten wir bereits geschrieben: Gerade die Kitas, in denen besonders viele benachteiligte Kinder sind, kämpfen vermehrt mit Personalausfällen und besonderen Herausforderungen. Wenn diese Kitas besonders gefördert werden, kann hier ein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit geleistet werden. Bei weiteren Punkten gab es allerdings fachliche Kontroversen. In den ausgewählten Einrichtungen kann die Qualität der pädagogischen Arbeit und die individuelle Förderung von Kindern in benachteiligten Lebenslagen verbessert werden, da zusätzliche Mittel für mehr Fachkräfte, kleinere Gruppen und spezielle Bildungsmaßnahmen bereitstehen. Dabei bleibt aber zu bedenken, dass nicht alle Kinder in den „Startchancen-Kitas“ „benachteiligt“, also z. B. armutsbetroffen, sind. Und, noch viel wichtiger: Nicht *alle* armutsbetroffenen Kinder sind in diesen „Startchancen-Kitas“. Möglicherweise kann eine sozialindexgestützte Steuerung dazu beitragen, dass mehr armutsbetroffene oder zugewanderte Kinder Kitaplätze erhalten. Erstens, weil die Einrichtungen Kapazitäten für niedrigschwellige Angebote haben, die den Zugang zur Kita erleichtern. Und zweitens, weil sich die Aufnahme benachteiligter Kinder dann in zusätzlichen Ressourcen nie-

derschlägt. Aber es ist nicht gesichert, dass dieser Effekt eintritt: Sozialindexgesteuerte Ressourcensteuerung *kann* Anreize zur Aufnahme benachteiligter Kinder bieten. Ob sie das tut, hängt aber auch von der Berechnung ab und ist kein Automatismus. Wenn für jeden Benachteiligungsfaktor eines jeden Kindes zusätzliche Personalressource kalkuliert wird, um dies aufzufangen, und die Berechnungsgrundlage fortlaufend aktualisiert wird (Espenhorst 2024), dann bestehen solche Anreize. Zumindest, wenn nach Einschätzung der Einrichtungen die zusätzliche Ressource ausreicht, um die zusätzliche Arbeit zu leisten. Wenn stattdessen ein komplexer Index berechnet wird, ist der Anreizcharakter fraglich – und wenn nicht fortlaufend aktualisiert wird, ebenfalls. So wird in gängigen Indexverfahren nicht beurteilt, wie viele benachteiligte Kinder in einer Einrichtung sind, sondern, ob es im Vergleich zu den anderen Einrichtungen besonders viel oder wenig sind (dieser Logik folgt auch z. B. der NRW-Schulsozialindex, Schräpler und Jeworutzki 2021). Der Anreiz für eine Kita, hier zusätzlich zum Beispiel neu zugewanderte oder armutsbetroffene Kinder aufzunehmen, dürfte eher gering sein: Denn, ob sie dafür überhaupt zusätzliche Mittel erhält, hängt ja davon ab, wie die Verteilung der jeweiligen Kinder insgesamt bei allen betrachteten Einrichtungen ausfällt. Außerdem spielt der Zeithorizont eine Rolle: Wenn Kitas z. B. über einen Zeitraum von 5 oder mehr Jahren als „Startchancen-Kita“ bestimmt werden, ist das grundsätzlich sehr sinnvoll, um längerfristige Maßnahmen wie bauliche Veränderungen zu planen. Auch die Planung und Umsetzung pädagogischer Konzepte und die dazugehörige Personalplanung brauchen einen verlässlichen Zeithorizont; ständig variierende Ressourcen sind hier kontraproduktiv. Das führt aber dazu, dass die nicht bereits in der ersten Welle ausgewählten Einrichtungen erstmal keinen aktuellen konkreten Anlass haben, um z. B. um neu zugewanderte Kinder zu werben – die nächste Förderwelle liegt dafür dann zeitlich zu weit entfernt.

Sollen auch Ergebnis-Indikatoren für den Index verwendet werden?

Eine oft geteilte Annahme zur Sozialindexkonstruktion unterteilt in „Bedarfslagen“- und „Ergebnis“-Indikatoren. Ein Bedarfslagen-Indikator wäre etwa die Anzahl oder der Anteil armutsbetroffener Kinder, ein Ergebnis-Indikator

der Sprachförderbedarf beim Übergang in die Grundschule. Im Sinne eines präventiven Ansatzes erscheint es sinnvoll, Lebenslagen zu erfassen, die nachweislich mit einem erhöhten Risiko einer Benachteiligung zusammenhängen – und damit auf Bedarfslagen-Indikatoren abstellen. Gegen die Verwendung von Ergebnis-Indikatoren wie dem Sprachförderbedarf spreche zudem, dass dies falsche Anreize setze: Positive Ergebnisse trotz schlechter Ausgangslagen seien in der Regel das Ergebnis eines gelungenen Ansatzes zur Reduzierung von Benachteiligungen. Wenn Kitas, denen das gelingt, keine zusätzliche Förderung erhalten, sei dies ungerecht. Zudem besteht das Risiko, eine Art „Förder-Jojo“ in Gang zu setzen: Bei hohen Sprachförderbedarfen gibt es für die Einrichtung zusätzliche Ressourcen, die dann die Sprachförderung und die Diagnostik-Ergebnisse verbessern, woraufhin bei einer Neuverteilung der Mittel diese Einrichtung wieder weniger erhält und sich in der Konsequenz die Ergebnisse wieder verschlechtern. Ergebnis-Indikatoren könnten allerdings durchaus in mehrstufigen Verfahren genutzt werden: Wenn Kitas identifiziert werden können, in denen die Kinder trotz geringer Armut hohe Sprachförderbedarfe haben, sollte hier genauer hingeschaut und – ggf. einmalig – gefördert werden. Selbst wenn der zusätzliche Sprachförderbedarf daran liegt, dass eine Einrichtung „schlecht arbeitet“: Hier sollte ja im Sinne der Kinder und der Qualitätsentwicklung zunächst trotzdem zusätzlich unterstützt werden. Es ist außerdem denkbar, dass in solchen Kitas viele Kinder aus Familien betreut werden, deren Ressourcen zwar knapp oberhalb der für den Sozialindex definierten Armutsgrenzen liegen, die aber dennoch vergleichsweise hohe Unterstützungsbedarfe haben. Eine einmalige Anschubförderung dieser Kitas sowie begleitende Forschung und Evaluation zur Anzahl solcher Einrichtungen und ihrer Charakteristika könnten helfen, dem Ziel näher zu kommen, dass alle Kinder faire Teilhabechancen erhalten.

Zusammenfassung und Ausblick

In Bezug auf folgende Punkte bestand Einigkeit:

1. Die soziale Selektivität bei der Inanspruchnahme von Kitabetreuung muss durch ein bedarfsgerechtes Angebot und den Abbau von Teilhabebarrrieren angegangen werden. Hierzu braucht es flankierende Maßnahmen, die die gesamte Bandbreite frühkindlicher Förderung (Kindertagespflege, Frühe Hilfen, Brückenprojekte, ...) berücksichtigen – nicht nur Kitas. Hierfür sollte Expertise aus bestehenden Programmen (z. B. Frühe Hilfen, Präventionsketten, Bundesprogramm Kita-Einstieg, aber auch aus dem Startchancenprogramm für Schulen) genutzt werden.
2. Ein Kita-Sozialindex sollte einrichtungsgenau ausgestaltet sein, um spezifische Bedarfe einzelner Einrichtungen präzise abbilden zu können. Auch Einrichtungen, die räumlich nah beieinander liegen, können sich in der Zusammensetzung der Kinder stark unterscheiden.
3. Zur Ressourcensteuerung müssen die Lebenslagen von Kindern, die zu einer Benachteiligung führen, systematisch erfasst werden. Armut ist dabei eine zentrale Dimension.
4. Die Daten aus amtlichen Quellen und Verwaltungsprozessen müssen in einer vergleichbaren und transparenten Weise für die Gestaltung eines Kita-Sozialindex verwendet werden. Zugleich sollte ein Kita-Sozialindex so komplex wie nötig, jedoch so einfach wie möglich gehalten werden, damit sowohl seine Aussagekraft als auch die Praktikabilität gewährleistet bleibt.
5. Da Kommunen a. teilweise über zielgenauere Daten verfügen und b. die Gesamtverantwortung für die frühkindlichen Förderangebote haben, benötigen sie Gestaltungsspielräume.
6. Die zusätzlichen Ressourcen sollten von den Kitas flexibel eingesetzt werden können. Der Fokus liegt auf einer verbesserten Personalausstattung, der Einrichtung von Funktionsstellen für sprachliche Bildung und Sozialarbeit, Fachberatung und Fortbildungen.

Für uns (noch) nicht abschließend geklärte Fragen hingegen betreffen

1. die Nutzung und Weiterentwicklung von Datengrundlagen außerhalb der SGB VIII-Statistik,

2. die Rolle von Indikatoren, die sich auf die Sozialstruktur im Umfeld der Kita beziehen,
3. mögliche Effekte und Effektstärken von zusätzlichen Ressourcen sowie
4. die Frage nach der Aufnahme sogenannter „Ergebnis-Indikatoren“.

Zuletzt noch eine Anmerkung: Ein guter Kita-sozialindex sollte die Grundlage der Verteilung sein. Genauso wichtig ist daran anschließend aber die Frage danach, welche Kita mit welchem Indexwert dann wie viel Ressource erhält. Ziel des vorliegenden Papiers und der gemeinsamen Veranstaltungen ist die Förderung des Austauschs zur sozialindexgesteuerten Ressourcensteuerung in Kitas – nicht durch einfache Antworten, sondern durch Sichtbarmachung der geteilten Positionen und noch offener Fragen. Denn nur so entsteht Raum für eine lebendige, vielfältige Auseinandersetzung.

Literatur

- Baarck, Julian/Bode, Moritz/Peichl, Andreas (2025):** Rising Inequality, Declining Mobility: The Evolution of Intergenerational Mobility in Germany. CESifo Working Papers. München: Munich Society for the Promotion of Economic Research, https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp12058.pdf
- Bader, Samuel/ Antonia Scholz (2024):** De facto-Kategorisierung und Ungleichheit bei der Kita-Platzvergabe in Deutschland: der Rechtsanspruch auf frühe Bildung und seine Realität, in: Zeitschrift für Sozialreform, Bd. 71, Nr. 1, S. 37–62.
- Bostanci, Seyran/ Christina Biel/ Bastian Neuhauser (2022):** „Ich habe lange gekämpft, aber dann sind wir doch gewechselt“: Eine explorativ-qualitative Pilotstudie zum Umgang mit institutionellem Rassismus in Berliner Kitas, in: NaDiRa Working Papers 1: Deutsches Zentrum für Integration- und Migrationsforschung (DeZIM).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2025):** Lebenslagen in Deutschland: Der siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/2024/blv-startchancen.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2023):** Nationaler Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/231862/4e3eada93af3956e68861c92e3b88c0f/nationaler-aktionsplan-neue-chancen-fuer-kind.pdf>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) (2026):** Monitoringbericht zum KiQuTG 2025. Berlin: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/280340/9e68ea77118357e13d613fe9f2ba1d9f/monitoringbericht-zum-kiqutg-2025-data.pdf>.
- Colbasevici, Liubovi/ Niels Espenhorst (2024):** Kita-Bericht 2024 des Paritätischen Gesamtverbandes, Berlin: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V., https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Seiten/Presse/docs/broschuere_kitabericht-2024.pdf.
- Diermeier, Matthias/ Jan Felix Engler/ Melinda Fremery (2025):** Kita-Versorgungsungleichheiten – eine Analyse auf Stadtteilebene, in: Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), <https://www.iwkoeln.de/studien/matthias-diermeier-jan-felix-engler-melinda-f.html>.
- Dohmen, Dieter/ Elena Karmann/ Tamara Bayreuther (2021):** Entwicklung frühkindlicher Bildungsbedarfe in Berlin: Von der Anmeldung zur Zusage – ein Blick ins Nadelöhr, https://www.fibs.eu/fileadmin/user_upload/Literatur/Lectures/RILLL_KitaStimme_Von_der_Anmeldung_zum_Kita-Platz_final.pdf.

- Espenhorst, Niels (2024):** Gerechtigkeit von Anfang an. Ein Sozialindex für Kindertageseinrichtungen, Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/broschuere_Kita_Sozialindex-2025_web.pdf.
- Groos, Thomas (2016):** Sozialindex für Grundschulen in Mülheim an der Ruhr. In: Standort (Ausgabe 4/2016), <https://doi.org/10.1007/s00548-016-0449-6>.
- Groos, Thomas/ Nora Jehles (2015):** Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Gütersloh: Bertelsmann/ZEFIR, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/03_Werkstattbericht_Einfluss_von_Armut_final_Auflage3_mU.pdf.
- Groos, Thomas/ Volker Kersting (2019):** Bildungsanalysen mit kommunalen Mikrodaten: Ein kooperativer Ansatz wissenschaftlich-kommunaler Praxisforschung, in: Horst Weishaupt/Detlef Fickermann (Hrsg.), Die Deutsche Schule -Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und Pädagogische Praxis, Nr. 14, S. 49–70, https://www.pedocs.de/volltexte/2019/17789/pdf/Fickermann_Weishaupt_2019_Bildungsforschung_mit_Daten_3_Groos_Kersting_Bildungsanalysen_mit_kommunalen_Mikrodaten.pdf.
- Groos, Thomas/ Carolin Trappmann/ Nora Jehles (2018):** Keine Kita für alle: Zum Ausmaß und zu den Ursachen von Kita-Segregation, Arbeitspapiere Wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind Zurücklassen!“, Gütersloh: Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/77_Kein_Kind_zuruecklassen/KeKiz_WB_12_gruen_final.pdf.
- Helbig, Marcel/ Claudia Karwath/ Corinna Kleinert (2026):** Von der Kita bis zur Uni. Wie soziale Ungleichheiten unseren Bildungsweg beeinflussen, Waxmann Verlag.
- Hinzen, Anna (2022):** Kommunale Daten für faire Bildungschancen. Schuleingangsuntersuchungen und ihr Mehrwert für ein sozialräumliches Bildungsmonitoring, in: Zenodo KOSMO Spektrum, Bd. 2, Nr. 1, S. 1–32, [doi:10.5281/zenodo.5749211](https://doi.org/10.5281/zenodo.5749211).
- Hogrebe, Nina/ Wolfgang Böttcher (2016):** Finanzsteuerung im Elementarbereich: Gerecht und effizient?, in: Martin Heinrich/Barbara Kohlstock (Hrsg.), Ambivalenzen des Ökonomischen. Analysen zur „neuen Steuerung“ im Bildungssystem, Wiesbaden: Springer VS, S. 181–198.
- Hogrebe, Nina/ Johanna Mierendorff/ Gesine Nebe/ Stefan Schulder (2021):** Platzvergabeprozesse in Kindertageseinrichtungen. Aufnahmekriterien aus Sicht pädagogischer Fachkräfte unter Berücksichtigung der Trägerorganisationen, in: Lilo Brockmann/Carmen Hack/Anna Pomykaj/Wolfgang Böttcher (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Sozial- und Bildungswesen. Reproduktion und Legitimierung, Weinheim: Beltz Juventa, S. 90–113, [doi:10.25656/01:23897](https://doi.org/10.25656/01:23897).
- Huebener, Mathias/ Sophia Schmitz/ Katharina Spieß/ Lina Binger (2023):** Frühe Ungleichheiten: Zugang zu Kindertagesbetreuung aus bildungs- und gleichstellungspolitischer Perspektive, FES diskurs, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20728.pdf>.
- Jehles, Nora (2026):** Frühe Chancen - Schuleingangsuntersuchungen für Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit nutzen, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://collections.fes.de/publikationen/content/titleinfo/1970599>.
- Jehles, Nora (2025):** Kita-Segregation – Ausmaß und Ursachen auf kommunaler Ebene, in:

Modernisierung des öffentlichen Sektors („Gelbe Reihe“), Nomos Verlag.

Kleinert, Corinna/ Marita Jacob (2024):

Bildungschancen: Zugang zu Bildung, in: Petra Böhnke/Dirk Konietzka (Hrsg.), Handbuch Sozialstrukturanalyse, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–34, doi:10.1007/978-3-658-39759-3_28-1.

Kleinert, Corinna/Tina Baier/ Gaia Ghirardi/

Moris Triventi (2024): Auswirkungen des Kitabesuchs auf kognitive und sozial-emotionale Kompetenzen von Kindern, Forschung Kompakt, <https://doi.org/10.5157/LIfBi:Bericht:05:Kita:1.0>.

Kluczniok, Katharina/ Tabea Grad/ Marisa

Schneider/ Stefan Faas (2024): Expertise „Auswirkungen von Kindertagesbetreuung auf die kindliche Entwicklung“, https://www.fruehe-chancen.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Expertisen_und_Studien/Expertise_Auswirkungen_von_Kindertagesbetreuung_auf_die_kindliche_Entwicklung_p%C3%A4dquis.pdf.

Lampert, Thomas/ Benjamin Kuntz (2019):

Auswirkungen von Armut auf den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen. Bundesgesundheitsblatt, S. 1263–1274, https://www.rki.de/DE/Aktuelles/Publikationen/Bundesgesundheitsblatt/Einzelausgaben/Downloads/2019_10_Lampert.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

Maaz, Kai/ Markus Lörz (2024): 20 Jahre PISA:

Soziale Bildungsungleichheit im Fokus: Haben die sozialen Ungleichheiten in den Lese- und Mathematikkompetenzen zwischen 2000 und 2018 zu- oder abgenommen?, doi:10.11586/2024112.

Neuberger, Franz/ Mariana Grgic/ Kerstin

Lippert/ Susanne Kuger (2026): Wenn es erst an Personal und dann an Vertrauen mangelt. Wahrgenommene Qualität, Schließungserfahrungen und der Wandel der Nicht-Nutzungsgründe in der

Kindertagesbetreuung, München.

OECD (2025): Deutschland. Ländernotiz im Rahmen der Berichterstattung „Education at a Glance 2025“, Paris: OECD-Publishing, https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2025/09/education-at-a-glance-2025-country-notes_9749f4ff/germany_52735cfb/9a449e27-de.pdf.

Sachse, Karoline/ Jacqueline Niemietz/ Laura Maj Legler/ Christoph Jindra (2025):

Soziale Disparitäten, in: Petra Stanat/ Stefan Schipolowski/ Sarah Gentrup/ Karoline A. Sachse/ Sebastian Weirich/ Sophie Henschel (Hrsg.), IQB-Bildungstrend 2024. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich, Münster/New York: Waxmann, S. 237–266, <https://doi.org/10.31244/9783818851002>.

Schräpler, Jörg-Peter/ Sebastian Jeworutzki

(2021): Konstruktion des Sozialindex für Schulen in Nordrhein-Westfalen, Jörg Bogumil/Sören Petermann/Jörg-Peter Schräpler (Hrsg.), ZEFIR-Materialien, Band 14, https://methoden.ruhr-uni-bochum.de/media/materialien_band_14_konstruktion_des_sozialindex_fuer_schulen_in_nrw.pdf.

Skopek, Jan/ Giampiero Passaretta (2020):

Socioeconomic Inequality in Children’s Achievement from Infancy to Adolescence: The Case of Germany, in: Social Forces, Bd. 100, Nr. 1, S. 86–112, doi:10.1093/sf/soaa093.